



Gemeinsame Erklärung des Bundesverbands Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) und des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) zur Bildungspolitik in Deutschland

BITKOM und VDI repräsentieren über ihre Mitglieder die Hightech-Industrie in Deutschland. Eine erfolgreiche, international wettbewerbsfähige Technologiebranche ist wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig auf hoch qualifizierte Mitarbeiter angewiesen. In Deutschland herrscht aber trotz hoher Arbeitslosigkeit ein Fachkräfte- und Akademikermangel. Aktuell gibt es rund 100.000 offene Stellen für Ingenieure und 45.000 freie Arbeitsplätze für IT-Experten. Der Wertschöpfungsverlust beträgt jährlich mehrere Milliarden Euro. Deshalb setzt sich die Hightech-Industrie für eine Bildungsoffensive ein. Sie soll mehr junge Menschen für technische Themen begeistern, ihnen die Vorteile eines entsprechenden Studiums vermitteln, sie zu einem erfolgreichen Studienabschluss führen und damit den Fachkräftemangel mildern.

Der Bildungsföderalismus hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einer tiefen Krise des deutschen Bildungssystems geführt. Im internationalen Vergleich der Industrienationen ist unser Land weit zurückgefallen. Zwar ist das Problem spätestens seit den Ergebnissen der PISA-Studien erkannt, aber der Reformprozess kommt nur quälend langsam voran. Notwendig wäre ein grundlegender Reformansatz mit einem gut koordinierten Vorgehen von Bund und Ländern. Die Ausrichtung eines nationalen Bildungsgipfels, bei dem die Bundeskanzlerin und die Ministerpräsidenten an einem Tisch sitzen, ist daher ein richtiger und wichtiger Schritt. Wenn aber der Bildungsgipfel einen Durchbruch zu einer zukunftsorientierten Bildungspolitik markieren soll, müssen auch die Bedürfnisse und Vorschläge der Wirtschaft gehört werden.

Prof. August-Wilhelm Scheer
BITKOM-Präsident

Prof. Bruno O. Braun
VDI-Präsident

Berlin, 21. Oktober 2008

Die 5 bildungspolitischen Kernforderungen von BITKOM und VDI

1 Rechtzeitig fördern: Mehr technischer Unterricht in den Schulen

- Durchgehender Technikunterricht muss zum Pflichtfach in der Grundschule und in der Sekundarstufe I werden. In der Sekundarstufe II muss es zum Kursangebot gehören. Eine anwendungsorientierte Informatik soll ein integraler Bestandteil dieses Faches sein.
- Für Technik, Informatik und Naturwissenschaften ist insgesamt ein Drittel des gesamten Stundenvolumens vorzusehen.
- Vielfalt ist gut, unkontrollierter Wildwuchs schadet. Daher sollten sich die Bundesländer auf gemeinsame Standards für den Technikunterricht einigen.

Derzeit stehen an den meisten Schulen sprach- und kulturwissenschaftliche Inhalte im Vordergrund. Der technisch-naturwissenschaftliche Unterricht macht oft weniger als ein Viertel der Unterrichtszeit aus. Beschäftigen sich Kinder und Jugendliche aber in der Schule nicht mit technischen Themen, werden sie später kaum einen entsprechenden Beruf anstreben. Daher muss die Unterrichtszeit in den technisch-naturwissenschaftlichen Fächern auf mindestens ein Drittel des Stundenvolumens ausgedehnt werden.

Die aktuell vorhandenen Unterrichtsangebote im Bereich Technik und Informatik zeigen eine extreme Heterogenität auf. Wahlangebote stehen neben Pflichtfächern, integrierter Fachunterricht (z.B. „Technik und Naturwissenschaften“) neben isolierten Einzelfächern. Da die Lehrplangestaltung allein Sache der Bundesländer ist, fehlen gemeinsame Lernziele. Dieser Flickenteppich an Lerninhalten und Lernzielen muss bereinigt werden. Daher sollten die Kultusministerien in Kooperation mit der Wirtschaft Standards für den Technik- und Informatikunterricht erarbeiten. Die Lehrerbildung muss an diese Standards gekoppelt werden. Bei der Umsetzung sollten sich die Länder an den Ergebnissen empirischer Analysen orientieren: Der Unterricht erzielt die besten Ergebnisse, wenn er durchgehend in allen Klassenstufen erfolgt und praxisorientiert aufgebaut ist.

2 Anreize schaffen: Stipendien für den MINT-Nachwuchs

- Aufbau eines nationalen Stipendien-Systems für MINT-Fächer. Bund und Länder richten einen Fonds ein, der jährlich für 10.000 Studienanfänger einen Zuschuss von je 1.000 Euro pro Monat ermöglicht.
- Die Stipendien sollen je zur Hälfte nach Leistungskriterien (Auswahlverfahren der Hochschulen) und nach sozialen Kriterien (Einkommensverhältnisse) vergeben werden.

- Stipendien von privater Seite werden von der öffentlichen Hand mit dem gleichen Betrag aufgestockt, den die Wirtschaft aufbringt, um maximale Mobilisierungseffekte zu erzielen.

Deutschland fehlt eine Stipendien-Kultur. Damit bleibt ein wichtiges Instrument zur Weichenstellung im Bildungs- und Wirtschaftsbereich ungenutzt. Will die Bundesrepublik aus der Defensive im internationalen Wettbewerb heraus, müssen gezielt Anreize für technische und naturwissenschaftliche Bildung gesetzt werden. Stipendien ersetzen nicht das Bafög-System, sondern fördern Talente, die über keine hohen finanziellen Ressourcen in der Familie verfügen. Klar ist: Investitionen in die Bildung von Hochschulabsolventen stellen keine Subventionierung dar, sondern sind eine Investition in die Zukunft. Die öffentlichen Ausgaben fließen über höhere Steuern und Sozialabgaben in das System zurück.

3 International aufholen: Mehr Geld in die Bildung investieren

- Aus Sicht der Hightech-Industrie ist eine Steigerung der gesamten Bildungsausgaben um einen Prozentpunkt – gemessen am BIP – innerhalb von fünf Jahren notwendig. Das entspricht rund 25 Milliarden Euro zusätzlich pro Jahr. Deutschland würde sich damit dem Mittelwert der hoch entwickelten Industrienationen schrittweise nähern.
- Die zusätzlichen Ausgaben sollen allen Stufen des Bildungssystems zugute kommen:
 - Qualitätssteigerung in der frühkindlichen Bildung: u.a. Qualifizierung des Betreuungspersonals und Ermöglichen von technischer Elementarbildung
 - Bessere Schulausstattung, v.a. für den technisch-naturwissenschaftlichen Unterricht: Technische Geräte, Computer und schnelle Internetanschlüsse.
 - Verbesserung der Lehrerausbildung und -weiterbildung
 - Qualitätssteigerung in der Hochschullehre: Finanzierung des erhöhten Betreuungsaufwandes für Bachelor-Studiengänge

Deutschland hat nach Angaben der OECD im Jahr 2005 5,1 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildungsausgaben aufgewendet. Im Durchschnitt der OECD-Länder waren es 5,8 Prozent. Geschönt wird das Bild durch die überdurchschnittlich hohen Aufwendungen des privaten Sektors insbesondere für die berufliche Bildung, während der Ausgabenanteil der öffentlichen Hand mit 4,2 Prozent Deutschland einen Platz im letzten Viertel der OECD-Länder aufweist. Besonders alarmierend ist der negative Trend: Während viele andere Industrieländer ihre Bildungsausgaben beständig erhöht haben, sinkt der BIP-Anteil der Bildungsausgaben in Deutschland seit Jahren. Die USA, die skandinavischen Ländern oder Großbritannien investieren mehr als 6 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Bildung. An diesen internationalen Benchmarks sollte sich Deutschland orientieren.

Bisher ist das deutsche Bildungssystem strukturell unterfinanziert, was weder von der Bundesregierung noch von den Kultusministern der Länder bestritten wird. Die Finanzierungslücke muss geschlossen werden, um den Hightech-Standort Deutschland bei der Ausbildung Hochqualifizierter wettbewerbsfähig zu halten.

4 Lebenslanges Lernen unterstützen: Weiterbildungssystem verbessern

- Das „Können“ entscheidet: Der künftige „Nationale Qualifikationsrahmen“ muss konsequent an den Kompetenzen der Menschen ausgerichtet werden mit dem Ziel, das Bildungssystem durchlässiger zu machen. Künftig darf es keine Rolle mehr spielen, wie persönliche Kompetenzen erworben wurden. Auch Meister, Techniker oder andere Spezialisten müssen Zugang zu den Hochschulen erhalten und sich vorhandene Kenntnisse anrechnen lassen können.
- Hochschulen zu Weiterbildungseinrichtungen ausbauen: Hochschulen müssen v.a. für die künftigen Bachelor-Absolventen mehr berufsbegleitende Weiterbildungsangebote bereit stellen. Die Fixierung auf volle Studiengänge ist kontraproduktiv.

Die demografische Entwicklung zwingt Deutschland zu einem Bewusstseinswandel, in der die „Lernende Gesellschaft“ zum neuen Leitbild wird. Daher kommt der Weiterbildung eine wachsende Bedeutung zu. Derzeit leidet die Weiterbildung an einer chronischen Unterfinanzierung und an den starren Strukturen des Bildungssystems. Absolventen einer dualen Berufsausbildung haben in der Regel keinen Zugang zu den Hochschulen. Der Nationale Qualifikationsrahmen muss daher auch gegen hartnäckigen Widerstand mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem schaffen. Nicht Lernwege, sondern Kompetenzen sind entscheidend für die Einstufung des Qualifikationsniveaus. Dies gilt insbesondere aus der Sicht der Wirtschaft, da sie die Fähigkeit zur konkreten Problemlösung statt formale Abschlüsse honoriert.

5 Besser koordinieren: Nationaler Technik-Rat

- Die Berufung eines Nationalen Technik-Rates hat das Ziel, die zersplitterten Kompetenzen zusammen zu führen und eine effiziente Struktur für die technische Nachwuchsförderung zu etablieren. Der Rat soll beim Bundeskanzleramt angesiedelt werden. Beteiligte sind die zuständigen Bundesministerien, die Ministerpräsidenten, Vertreter der Kultusministerien sowie die Wirtschaft über Verbände oder Unternehmen.
- Der Technikrat hat folgende Aufgaben:
 - Beratung der Bundesregierung und der Kultusministerien der Länder hinsichtlich technologischer Trends
 - Erarbeitung und Fortentwicklung von Standards für die technische Grundbildung an den allgemeinbildenden Schulen aller Typen und Jahrgangsstufen
 - Enge Verzahnung von allgemeiner technischer Bildung an Schulen und berufsspezifischen Informationsangeboten
 - Unterstützung der Erstausbildung von Lehrkräften für technische Fächer und die Informatik sowie Ausgestaltung eines Weiterbildungssystems für Lehrer.

Die Zuständigkeit für Bildung liegt nahezu vollständig bei den Bundesländern. Die Folge ist eine Zersplitterung der Bildungslandschaft, die in der Vergangenheit mitverantwortlich war für den schrittweisen Bedeutungsverlust des deutschen Bildungssystems. Daher müssen Strukturen geschaffen werden, in denen Bund und Länder gemeinsame Ziele der Bildungspolitik festlegen und in denen die Anforderungen der Wirtschaft gehört werden können.